

Wie menschenfreundlich ist ein leistungsloses Grundeinkommen?

Karl Georg Zinn¹

Mach die Opfer glauben, sie seien die Täter

Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland steht im vierten Jahrzehnt. Es ist die längste Periode hoher Unterbeschäftigung, die Deutschland, nach den historischen Statistiken zu urteilen, je erlebt hat. Inzwischen wächst die zweite Generation heran, die in eine Gesellschaft hineingeboren wurde, deren ökonomische und politische Führungsschichten dem Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht gewachsen sind. Schlimmer noch, sie reagieren mit kontraproduktiven Maßnahmen und versuchen nicht ohne Erfolg, die Lage der leidenden Menschen ideologisch zu verdecken. Die Opfer werden zu Tätern deklarierte gemäß der Formel „blame the victims“. Dieses uralte Rezept von Herrschaftsklassen – von der „Armengesetzgebung“ im Tudor-England des 16. Jahrhunderts bis zu den als „Armenhäuser“ beschönigten Zwangsanstalten des 19. Jahrhunderts – , die aufgrund krisenhafter Situation ihre Legitimation und Macht schwinden sehen, wirkt dank des „Stockholm-Syndroms“² auch heute wieder. Gemeint ist das psychologische Phänomen, dass sich Unterdrückte, Ausgebeutete, Geschundene, in Gefangenschaft oder in Geiselnhaft gehaltene Menschen mit ihren Peinigern ideologisch zu identifizieren beginnen, weil ihnen kein anderer Ausweg offen steht bzw. offen zu stehen scheint, um ihre Ängste zu bewältigen. Dieser Mechanismus nimmt sozusagen den Menschen ihre berechnete Aggressionskraft, drängt das rebellische Potential in die „Unbewusstheit“³ ab. Die erstaunliche Ruhe im deutschen Lande der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und steigenden sozialen Armut lässt sich somit als eine Art kollektive Neurotisierung im Sinn des Stockholm-Syndroms interpretieren. Diese psychische Disposition des Menschen (ob genetisch oder durch Sozialisation angelegt bleibe offen), sich in unerträglichen Situationen mittels der im Stockholm-Syndrom zum Ausdruck kommenden neurotischen Verarbeitung des sonst nicht zu verkraftenden ohnmächtigen Ausgeliefertseins doch noch das Überleben zu sichern, stellt eine wichtige Komponente bei der Erklärung dar,

¹ Karl Georg Zinn (geb. 1939) ist emeritierter Professor der Volkswirtschaftslehre der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen

² Benannt nach einer in Stockholm erfolgten Geiselnahme. Eine Angehörige einer sehr wohlhabenden Familie wurde zwecks Gelderpressung als Geisel genommen und begann sich während ihrer Gefangenschaft mit dem Erpresser zu identifizieren.

³ Vgl. zum Begriff der „Unbewusstheit“ und ihrer Bedeutung für die Herrschaftsstabilisierung: Mario Erdheim, Die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit. Eine Einführung in den ethnopschoanalytischen Prozeß, Frankfurt/M 1984.

wie falsches Bewusstsein, also die Übernahme der Ideologie der Herrschenden durch die Unterworfenen, erzeugt wird. Im Rahmen solcher Ideologieproduktion geraten dann unter Umständen auch Kritiker der bestehenden Verhältnisse in die Rolle von systemkonformen Ideenproduzenten. Werden ihre Vorschläge von der institutionalisierten Intelligenz des Systems, seinen Denkfabriken und medialen Agenturen aufgegriffen und in herrschaftskompatible Schlagworte transformiert, so ist das nicht selten ein erster Schritt, um jene Kritiker via narzisstischer Befriedigungsgaben für die Systemreproduktion zu vereinnahmen.

Systemreproduktion durch innere Abschiebung der überflüssig Gemachten

Als Folge der anhaltenden und im langfristigen Trend steigenden Massenarbeitslosigkeit kam es zu Umschichtungen in der strukturellen Zusammensetzung der Erwerbstätigen, zu einer fortlaufende Substitution von Vollzeitarbeitsplätzen durch Teilzeitbeschäftigung sowie eine Absenkung des Einkommensniveaus eines großen Segments der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, so dass deren Arbeitseinkommen aus einem Beschäftigungsverhältnis nicht mehr das Existenzminimum erreicht. Verfestigung von Dauerarbeitslosigkeit und die infolge von Beschäftigungsmangel zunehmende soziale Armut stellten sich als nicht vermiedene Folgen ein. Vor diesem Hintergrund sind Lageanalysen populär geworden, die das Ende der Vollbeschäftigung sowie die permanenten Ausgliederung „unqualifizierter“ Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozess als quasi gesetzmäßig eintretendes Ergebnis konstatieren, wobei nie versäumt wird, diese als „Gesetzmäßigkeit“ suggerierte Entwicklung wortreich zu beweinen und flugs ein Narkotikum anzupreisen, nämlich das leistungslose Grundeinkommen, auch Bürgergeld genannt. Wenn denn schon keine Arbeitsplätze mehr für alle Arbeitswilligen, schon gar nicht solche, die ein human angemessenes Existenzminimum gewährleisten, geschaffen werden können, dann sollte doch wenigstens eine Mindestabsicherung ohne jegliche Auflagen gewährleistet werden. Solche Mindestsicherung dürfe nicht an Arbeitszwänge geknüpft sein, sondern sollte die Möglichkeit bieten, auch ohne „Zwangsarbeit“ auf zugegeben bescheidenem materiellen Niveau zu leben. Die philanthropische Fraktion der Grundeinkommenspartei schwärmt von einem Leben ohne Leistungs- und Arbeitsstress, von einer neuen Welt der Freiheit mit einem Garantieeinkommen weit oberhalb des heutigen Arbeitslosengeld-II-Niveaus. Die zynische Fraktion bemüht sich zwar um die Kollaboration der Philanthropen, stellt in Aussicht, dass „prinzipiell“ über ein Grundeinkommen zu reden ist, aber die Finanzierungsfrage eine realistische Lösung erfordere. „Realistisch“ bedeutet, nicht allen ein Grundeinkommen zu

geben, sondern jenen, für die unter den gegebenen Verhältnissen in der Tat keine Aussicht mehr auf einen Arbeitsplatz besteht. Das sind zwar vornehmlich Erwerbspersonen mittleren und fortgeschrittenen Alters, aber „im Prinzip“ des Ansatzes auch junge. Faktisch soll ein erheblicher Teil von Erwerbspersonen durch Zahlung eines Mini-Grundeinkommens aus der Arbeitslosenstatistik verbannt und als „Unvermittelbare“ in die Position der permanente Ausgrenzung gezwungen werden. So werden gesellschaftlich Behinderte produziert. Die gegenwärtige Praxis der Bundesagentur für Arbeit, die die Arbeitslosen in drei Kategorien einteilt, wobei Kategorie 3 genau jener Intention entspricht, „unvermittelbare“ Bürgerinnen und Bürger ins soziale Niemandsland der für den *kapitalistischen* Reproduktionsprozess Überflüssigen auszuweisen. Diese Ausweisung aus der Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit auf unabsehbare Zeit keineswegs ausgehen wird, verletzt die Menschenwürde aufs Ärgste, ist verfassungswidrig und gehört zu dem Bündel von Symptomen des erschütternden Niedergangs der moralischen Substanz in unserem Land, insbesondere bei dessen Machtprominenz.

Ob nun in philanthropischer oder zynischer Version intendiert – das leistungslose Grundeinkommen widerspricht anthropologischen, sozialpsychologischen und psychoanalytischen Erkenntnissen auf der gesamten Linie. Der Mensch ist ein Sozialwesen. Er ist offenkundig für sein Überleben auf die Anderen angewiesen. Kein Säugling überlebt ohne Fürsorge, und kein Heranwachsender kann sich psychisch gesund entwickeln und in die Gesellschaft integrieren, wenn ihm die soziale Umwelt, die Gesellschaft, keine Möglichkeit bietet, eine sozial anerkannte Betätigung – Ausbildung, Arbeitsstelle – auszuüben. Wie sollen die in der Adoleszenz normalen und temporär notwendigen Allmachts- und Größenphantasien mit dem Realitätsprinzip in Einklang gebracht werden, wenn Jugendliche infolge von Arbeitslosigkeit verwahrlosen, ihre Frustrationen eskalieren und sie ihre Wut mit ins Erwachsenenleben schleppen? Arbeit ist weitaus mehr als ein ökonomisch-technischer Vorgang zum Erwerb des materiellen Lebensunterhaltes. Arbeit ist – und wohl noch auf unabsehbare Zukunft – unabdingbar für die Entwicklung des Selbstwertgefühls, der sozialen Anerkennung und psychisch unverzichtbaren Beziehung zu den Anderen, die die Gesellschaft repräsentieren und ja auch sind. Die Prämisse der herrschenden (neoklassischen) Wirtschaftstheorie, der Mensch sei quasi von Natur aus faul und müsse zur Arbeit gezwungen werden, ist pure Ideologie. Gewiss lässt er sich aufgrund seiner einzigartigen Lern- und Anpassungsfähigkeit zum Faul-Sein sozialisieren, aber gerade nicht unter den Bedingungen von „Leistungsgesellschaften“. Der Jugendliche wird durch einen mangels gesellschaftlich anerkannter Beschäftigung gescheiterte Adoleszenz neurotisiert; er wird mehr oder weniger

verwahrlosen, seinen pubertären Größenwahn nicht abbauen, und die Gesellschaft wird sich damit millionenfach gescheiterte Lebensläufe programmieren. Es zeugt von beschämender anthropologischer Unkenntnis und den moralischen Sensibilitätsdefiziten prominentester Führungsfiguren und Meinungsvermittler in unserem Staat, wenn das Problem der (Massen-)Arbeitslosigkeit auf die Einkommensseite reduziert wird. Unter kapitalistischen Verhältnissen wird zwar alles in Geld übersetzt, so wie eben auch die „Verantwortung“ von Unternehmensvorständen *systembedingt* (und gar nicht so selten im Widerspruch zu ihren subjektiven Empfindungen und Werthaltungen) nicht den Menschen, sondern dem Gewinn des Unternehmens gilt und zu gelten hat, aber die Geldherrschaft ist nun mal nicht die dem Menschen naturgemäße, wenn dieser Ausdruck mit Blick auf die Phylogenese des Homo sapiens richtig verstanden wird. Auch bei Politikern zeigt sich ein ähnliches Bild: Geht es um Menschen oder um einzusparende Beträge? Sigmund Freud, der hier für eine Vielzahl von Wissenschaftlern stehen mag, die sich der Vieldimensionalität der Arbeit für eine gesunde Existenz des Individuums gewidmet haben, schrieb in der 1930 publizierte Abhandlung über das „Unbehagen in der Kultur“: *„Keine andere Technik der Lebensführung bindet den Einzelnen so fest an die Realität wie die Betonung der Arbeit, die ihn wenigstens in ein Stück der Realität, in die menschliche Gemeinschaft sicher einfügt. Die Möglichkeit, ein starkes Ausmaß libidinöser Komponenten, narzisstische, aggressive und selbst erotische, auf die Berufsarbeit auf die mit ihr verknüpften menschlichen Beziehungen zu verschieben, leiht ihr einen Wert, der hinter ihrer Unerlässlichkeit zur Behauptung und Rechtfertigung der Existenz in der Gesellschaft nicht zurücksteht.“*⁴

Auf dem Weg in die Knechtschaft zur vogelfreien Exklusion

Die ideologisch recht unterschiedliche Provenienz der scheinbaren Barmherzigkeitsstrategien der Grundeinkommensfraktionen sowie die jeweils beanspruchte moralische Rechtfertigung für den jeweils mehr oder weniger konkretisierten Einzelvorschlag zur „Problemlösung“ gegen (Dauer-)Arbeitslosigkeit, Armut und Deprivation mögen zwar recht verschiedene Sympathisantengruppen mobilisieren, aber im potentiellen Resultat konvergieren alle Vorschläge dieser Art. Es ist somit angebracht, sie pauschal auf ihre Funktion im Rahmen der bestehenden Produktionsverhältnisse zu sehen, und klar zu erkennen, was sie für die betroffenen Menschen, aber damit auch für die Gesellschaft als ganze für Konsequenzen haben: Es geht darum, die Massenarbeitslosigkeit weiter schwären zu lassen, aber der

⁴ Zitat entnommen aus: Erdheim, 1984, a. a. O., S.310.

öffentlichen Wahrnehmung teils zu entziehen, teils durch Opferschelte mehrheitsfähig zu machen.

Das eklatante beschäftigungspolitische Versagen aller bundesdeutschen Regierungen seit 1982 einerseits und die von der anhaltenden Beschäftigungs- und Sozialkrise ausgehende Bedrohung der bestehenden bundesdeutschen Machtstrukturen mussten wohl zwangsläufig zu solch „innovativen“ Ideen führen, wie sie in den Vorschlägen für ein leistungsloses Grundeinkommen, also Vorgaben für eine Politik der inneren Abschiebung von Teilen unserer Gesellschaft, zum Vorschein kommen. Wenn Arbeits- und Sozialminister Vizekanzler Müntefering gegen Langzeitarbeitslose wettet, die sich in der Arbeitslosigkeit „eingerichtet“ hätten, so ist das menschenverachtend und liegt auf der Linie des „blame the victims“ und dem klassisch-neoklassischen Diffamierungstheorem von der „freiwilligen Arbeitslosigkeit“ (Sollen die Ausgeschlossenen auch noch ihrer Fähigkeit halber stigmatisiert werden, die ihnen aufgezwungene missliche Lebenssituation psychisch zu verarbeiten und sich eine Art Subkultur zu schaffen? Sollte etwa die positive Korrelation von Arbeitslosigkeit und psychischen Erkrankungen noch durch eine von Suizid und Arbeitslosigkeit „vervollständigt“ werden?). Doch des Vizekanzlers Opferschelte scheint schon obsolet. Die ganz neue „Beschäftigungspolitik“ weist in Richtung innere Abschiebung der von der „modernen“ kapitalistischen Ökonomie als „untauglich“ stigmatisierten Menschen.